

## Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen  
Sitzungs-Nr: XVII/02 Rat  
Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 21.12.2011, 18:05 Uhr bis 21:25 Uhr  
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

### Anwesend sind:

#### Ratsmitglied

1. Bürgermeister Zieseniß, Walter nicht bei TOP 16

#### Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsfrau Becker, Ingeborg  
3. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad  
4. Ratsherr Fabisch, Horst  
5. Ratsherr Höfer, Marian nicht bei TOP 12 und 27  
6. Ratsherr Hoffmeister, Christian nicht bei TOP 27  
7. Ratsherr Kuban, Tilman nicht bei TOP 27  
8. Ratsherr Matthiesen, Max Dr. MdL  
9. Ratsherr Neddermeier, Karl-Heinz nicht bei TOP 14  
10. Ratsherr Schroth, Gerald  
11. Ratsfrau Senft, Monika  
12. Ratsherr Steuernagel, Marc-Oliver bis einschl. TOP 29,  
21.22 Uhr

#### Mitglieder SPD-Fraktion

13. 1. stellv. Bürgermeisterin Beckmann, Kerstin Dr.  
14. Ratsherr Bienert, Sigurd  
15. Ratsherr Dobelmann, Reinhard nicht bei TOP 12  
16. Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch, Angelika  
17. Ratsfrau Gertich, Lea Sophie  
18. Ratsherr Gottschalk, Günter  
19. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr.  
20. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene  
21. Ratsfrau Klein, Bettina  
22. Ratsherr Messing, Peter  
23. Ratsherr Riemer, Hagen  
24. Ratsherr Schaper, Hartmut nicht bei TOP 21  
25. Ratsherr Wittich, Michael  
26. Ratsherr Wittschurky, Thomas

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

27. 2. stellv. Bürgermeister Hartig, Andreas nicht bei TOP 12  
28. Ratsherr Lux, Thomas  
29. Ratsherr Marks, Frank  
30. Ratsherr Müller, Peter  
31. Stellv. Ratsvorsitzender Röver, Christian  
32. Ratsherr Totlis, Andreas

33. Ratsfrau Westphal, Ulrike

Mitglieder FDP-Fraktion

34. Ratsherr Klockow, Bernhard

35. Ratsfrau Wölki, Kerstin nicht bei TOP 12

Mitglieder UWG-Fraktion

36. Ratsfrau Runge, Eva

von der Verwaltung

37. Verwaltungsangestellter Becke, Matthias

38. Leitung Bau de Veer, Kirsten

39. Verwaltungsangestellte Filipiak, Andrea

40. Leiter Zentraler Dienst Hoffmann, Reinhard

41. Erster Stadtrat Lahmann, Marc

42. Fachdienstleiter Müller, Stefan bis einschl. TOP 16, 20.25 Uhr

es fehlten entschuldigt

43. Ratsherr Gronenberg, Bernd

44. Ratsherr Neugebauer, Markus

45. Ratsherr Zieseniß, Roland

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. Gedenken an Verstorbene
4. Einwohnerfragestunde
5. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung/XVII. WP des Rates am 10.11.2011
6. Aktuelle Stunde
7. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
8. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
- 8.1. Nachbenennung von beratenden Ausschussmitgliedern bzw. Entsendung in Organe Dritter  
Vorlage XVII/0034
9. Ernennung/Verabschiedung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr  
Vorlage XVII/0030
10. Resolution zum Thema Extremismus in Barsinghausen  
- Antrag der Fraktionen UWG, CDU und FDP vom 07.12.2011 -  
Vorlage XVII/0038
11. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016

Vorlage XVII/0031

12. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012  
hier: Einbringung  
Vorlage XVII/0035
13. Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe  
hier: Kenntnisnahme von einer Eilentscheidung gem. §§ 89 und 117 (1) NKomVG  
Vorlage XVII/0025
- 13.1. Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung  
Vorlage XVII/0045
14. Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen  
Vorlage XVII/0024
15. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage XVII/0023
16. Beschluss über die Jahresrechnungen und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2007 und 2008  
Vorlage XVII/0022
17. Änderung bzw. Neufassung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung  
Vorlage XVII/0021
18. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Barsinghausen  
Vorlage XVII/0026
19. Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien HannIT  
Vorlage XVII/0037
20. Neufassung der Betriebssatzung des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen  
Vorlage XVII/0027
21. Durchführung der Ausstellung "Land unter" des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) im Rathaus der Stadt Barsinghausen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.10.2011 -  
Vorlage XVII/0019
22. Umbenennung eines Straßenteilstückes der Entlastungsstraße  
Vorlage XVII/0011
23. Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen  
Vorlage XVII/0013
24. Annahme von freiwilligen Zuwendungen  
Vorlage XVII/0043
25. Mitteilungen der Verwaltung
26. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Nichtöffentliche Sitzung:

27. Einstellung einer Stadtinspektoranwärterin  
Vorlage XVII/0033
28. Zustimmung zum Beschluss des Verwaltungsrates der HannIT zur Angebotsabgabe und anschließendem Erwerb der Kosynus GmbH  
Vorlage XVII/0036
29. Ansiedlung der Fa. Laverana GmbH & Co. KG im Gewerbegebiet Bantorf-Nord  
Vorlage XVII/0014
30. Baugebiet Stockfeld - OT Egestorf - Verkauf des letzten Grundstückes  
Vorlage XVII/0032
31. Annahme von freiwilligen Zuwendungen  
Vorlage XVII/0042
32. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses, wichtige Angelegenheiten und sonstige Mitteilungen der Verwaltung
33. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Öffentliche Sitzung:

---

#### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung**

Frau Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch eröffnet die Sitzung.

Herr Riemer bemängelt die geänderte Sitzordnung, da die Ratsmitglieder den Einwohnerinnen und Einwohnern den Rücken zu kehren.

Frau Dürbaum-Betsch weist darauf hin, dass es sich für die heutige Sitzung um einen Stellversuch handelt. Die Anregung für eine neue Sitzordnung ist aus den Reihen des Rates gekommen und sie wird im Anschluss an den öffentlichen Teil das Meinungsbild hierüber bei den Anwesenden abfragen.

Frau Dürbaum-Betsch stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet, Punkt 3 (Verabschiedung von ausgeschiedenen Ratsmitgliedern und Verleihung von Ehrennadeln) von der Tagesordnung abzusetzen, da Frau Baltz und Herr Baum heute verhindert sind.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Frau Dürbaum-Betsch weist auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion (Umsetzung der Tempo-30-Anordnung für die Nienstedter Straße, Vorlage XVII/0044) hin. Sie merkt hierzu an, dass der Antrag nicht in die Tagesordnung der Sitzung des Verwaltungsausschusses aufgenommen wurde und daher in der heutigen Ratssitzung kein Be-

schluss gefasst werden kann. Sie fragt, ob der Antrag von der CDU-Fraktion aufrecht erhalten bleibt.

Herr Neddermeier sagt, dass der Antrag zurück gezogen wird.

Weiter bittet Frau Dürbaum-Betsch folgende Angelegenheit in die Tagesordnung aufzunehmen:

- Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung  
Vorlage XVII/0045 – als neuer TOP 14a

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 08.12.2011 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

---

## **2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes**

Herr Bürgermeister Zieseniß verpflichtet Herrn Klockow gemäß den Bestimmungen des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes als Ratsherrn der Stadt Barsinghausen per Handschlag und überreicht ihm das Gesetz.

---

## **3. Gedenken an Verstorbene**

Herr Zieseniß erinnert an die Verstorbenen Katharina Wewers, Helmut Seebach, Hilde Jackl, Fritz Dunsing, Bernhard Graap, Karl-Heinz Sandmann, Bernd Dobrowolski, Friedel Meyer, Heinrich Lübke und Werner Pagel. Der Rat gedenkt der Verstorbenen.

---

## **4. Einwohnerfragestunde**

Es wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt. Dabei werden folgende Angelegenheiten angesprochen:

- Tempo-30-Anordnung in der Nienstedter Straße gescheitert?  
Herr Zieseniß informiert, dass er ein Gespräch mit Herrn Jessen (Verkehrswacht) und dem Mitarbeiter Herrn Jackl hinsichtlich der Tempo-30-Anordnung an der Nienstedter Straße geführt hat. Herr Zieseniß verdeutlicht, dass er nach wie vor zur Anordnung des Tempos 30 steht, obwohl das Land und die Polizei sich gegen Tempo 30 in dem Bereich ausgesprochen haben. Da eine Gesetzeslücke gegeben ist, ist es nach einer gewissen Frist möglich, dass der Bürgermeister Tempo 30 anordnet und dann das Land die Schilder auf dem eigenen Grundstück aufzustellen hat. Die Schilder sollen im Januar aufgestellt werden.

- Die geänderte Sitzordnung wird als unglücklich angesehen.
- Nutzung des Parkplatzes der Fa. Bahlsen, der als öffentlicher Parkplatz gekennzeichnet ist.  
Frau de Veer antwortet, dass es sich um den Mitarbeiterparkplatz der Fa. Bahlsen handelt, der zu Zeiten, in denen er nicht von der Fa. Bahlsen benötigt wird, anderweitig genutzt werden kann. Die Reinigungspflicht liegt bei der Fa. Bahlsen.

---

## **5. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung/XVII. WP des Rates am 10.11.2011**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 1  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Protokoll über die 1. Sitzung/XVII. WP des Rates der Stadt Barsinghausen am 10.11.2011 wird ohne Änderungen genehmigt.

---

## **6. Aktuelle Stunde**

Es liegen keine Anträge vor.

---

## **7. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten**

Herr Zieseniß hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am 29. November und am gestrigen Abend getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Ratsbeschlüsse, wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die vom Rat benannten Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH wurden gem. § 138 Abs. 1 Nds. Kommunalverfassungsgesetz vom Verwaltungsausschuss angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung wie folgt abzustimmen:
  1. Der Jahresabschluss 2010 der Stadtwerke Barsinghausen GmbH mit einer Bilanzsumme von 11.019.703,90 EUR und einem Bilanzverlust von 922.697,56 EUR wird festgestellt.
  2. Der Bilanzverlust von 922.697,56 EUR wird auf das Geschäftsjahr 2011 vorgetragen.
  3. Den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen GmbH wird für das Geschäftsjahr 2010 die Entlastung erteilt.
- Der Stadtentwässerungsbetrieb wurde ermächtigt, dem wirtschaftlich günstigsten Bieter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Aufträge für die

künftige Klärschlamm Entsorgung und für den 1. Bauabschnitt zur Erneuerung der Schlamm entwässerungsanlage zu erteilen.

- Der Verwaltungsausschuss hat den Entwürfen des Bebauungsplanes Nr. 200 „Hesling“ in Hohenbostel und dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 71, 1. Änderung „Unterm Kirchwege“ in Kirchdorf zugestimmt und beschlossen, die Entwurfsunterlagen öffentlich auszulegen.

---

## 8. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

---

### 8.1. Nachbenennung von beratenden Ausschussmitgliedern bzw. Entsendung in Organe Dritter Vorlage: XVII/0034

Frau Dürbaum-Betsch erläutert die Vorlage und weist auf die Besetzungen der Gruppenvertreterinnen und –vertreter für den Schulausschuss hin (nachfolgend beschlossen).

Herr Messing benennt die in der Beschlussdarstellung aufgeführten Personen für die SPD-Fraktion (nachfolgend beschlossen).

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

### Fachausschüsse des Rates

#### 1. Nichtstimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung

	<b>Benannt durch</b>	<b>Name, Anschrift</b>
1.	Seniorenrat	Claus Bischoff, Thomas-Mann-Weg 21, 30890 Barsinghausen
2.	Behindertenbeauftragte/r	Wird nachbenannt

#### 2. Nichtstimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Ordnung und Feuerwehr

	<b>Benannt durch</b>	<b>Name, Anschrift</b>
1.	Stadtbrandmeister	Frank Engelke, Auf dem Damm 16, 30890 Barsinghausen
2.	Stellv. Stadtbrandmeister	Werner Brandes, Reitwiesenweg 12, 30890 Barsinghausen
3.	Stellv. Stadtbrandmeister	Sascha Krause, Hauptstraße 13, 30890 Barsinghausen
4.	Seniorenrat	Renate Schulz, Sophienstraße 14, 30890 Barsinghausen
5.	Behindertenbeauftragte/r	Wird nachbenannt
6.	Integrationsbeirat	Wird nachbenannt

### 3. Nichtstimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur

	Benannt durch	Name, Anschrift
1.	Behindertenbeauftragte/r	Wird nachbenannt
2.	Seniorenrat	Margot Pehl, Bergwiesenstraße 3, 30890 Barsinghausen
3.	Integrationsbeirat	Rouba Ghazzaoui, August-Stege-Str. 49, 30890 Barsinghausen
4.	Stadtverband Sozialverband Deutschland	Heike Hoffmann, Thiefeld 5, 30890 Barsinghausen
5.	Sportring Barsinghausen	Lothar Brecht, Rehrbrinkstraße 9, 30890 Barsinghausen
6.	Träger freie Jugendhilfe	Wird nachbenannt
7.	Träger freie Jugendhilfe	Wird nachbenannt

### 4. Nichtstimmberechtigte Mitglieder des Schulausschusses

	Benannt durch	Name, Anschrift
1.	SPD-Fraktion	Emilia Carls, Bullerbachstraße 16b, 30890 Barsinghausen
2.	SPD-Fraktion	Christian Bohn, Schmiedestraße 18, 30890 Barsinghausen

#### 4a. Stimmberechtigte Mitglieder Schulausschusses

Der Rat beruft die in der Sitzung am 10.11.2011 benannten stimmberechtigten Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und der Schülerinnen und Schüler aus dem Schulausschuss ab.

Der Rat beruft folgende Gruppenvertreterinnen und –vertreter als beratende stimmberechtigte Mitglieder in den Schulausschuss

	Mitglied	Stellv. Mitglied
<b>Lehrervertreterinnen und –vertreter:</b>	Christine Fischer (HAG), Otto-Backhaus-Str. 4, 30890 Barsinghausen	Gudrun Riechers (KGS), Schillerstraße 5, 30890 Barsinghausen Dr. Sascha Baldeau (HAG), Arneckewiese 3, 30890 Barsinghausen
	Petra Brandorff (ASS), Junggesellenstraße 31, 30890 Barsinghausen	Susanne Hildebrandt (BBS), Malvenweg 7, 30890 Barsinghausen Annette Peek-Burkhard (AGS), Südstraße 14, 30890 Barsinghausen
<b>Schülervertreterinnen und –vertreter:</b>	Johannes Wohlstein, Eisvogelweg 3, 30890 Barsinghausen	Ina Kähm, Wilhelm-Busch-Straße 10, 30890 Barsinghausen Samantha Jilek, Bergstraße 1, 31848 Bad Münster
	Dominik Roso, Koppelweg 8, 31515 Wunstorf	Raffael Franz, Südfeld 1, 30989 Gehrden Marleen Meier, Heinrich-Lehmann-Str. 13, 31542 Bad Nenndorf



<b>Elternvertreterinnen und –vertreter:</b>	Gudrun Beins, Löwenberger Str. 7, 30890 Barsinghausen	Petra Niehoff, Siehkamp 18, 30890 Barsinghausen Ursula Witte, Dedenser Str. 5, 30890 Barsinghausen
	Frank Steuer, Lohrere 31, 30890 Barsinghausen	Anja von der Burg, Bergwiesenstraße 2a, 30890 Barsinghausen Sabine Schwarz-Möbius, Klußbrink 4, 30890 Barsinghausen

#### 5. Nichtstimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt

	<b>Benannt durch</b>	<b>Name, Anschrift</b>
1.	SPD-Fraktion	Gabriele Kellein, Schmiedestraße 19a, 30890 Barsinghausen
2.	Seniorenrat	Ernst Ulrich Heike, Theilkampweg 11, 30890 Barsinghausen
3.	Behindertenbeauftragte/r	Wird nachbenannt
4.	Geschäftsführer SGB	NN

#### 6. Nichtstimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude

	<b>Benannt durch</b>	<b>Name, Anschrift</b>
1.	Seniorenrat	Brunhilde Hering, Lindenweg 7, 30890 Barsinghausen
2.	Behindertenbeauftragte/r	Wird nachbenannt
3.	Geschäftsführer SGB	NN

#### Entsendung in andere Organe

Verbandsausschuss des Unterhaltungsverbandes West- und Südaue

Als stellvertretendes Mitglied wird Frau / Herr \_\_\_\_\_ in den Verbandsausschuss entsandt (Benennung durch SPD-Fraktion, wird nachbenannt).

#### 9. Ernennung/Verabschiedung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr Vorlage: XVII/0030

Herr Zieseniß erläutert die Vorlage.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Herr Jörg Mehlaue wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Barsinghausen entlassen.

---

**10. Resolution zum Thema Extremismus in Barsinghausen  
- Antrag der Fraktionen UWG, CDU und FDP vom 07.12.2011 -  
Vorlage: XVII/0038**

Herr Dr. Härdrich führt in die Inhalte der Vorlage ein. Er begrüßt, dass eine einstimmige Verabschiedung in der heutigen Ratssitzung vorgesehen ist und dass damit deutlich zum Ausdruck gebracht werden soll, dass politischer Extremismus in Barsinghausen keinen Platz haben darf. Im Resolutionstext ist deutlich gemacht, dass alle extremistischen Taten abgelehnt werden. Aus aktuellem Anlass wird der rechtsextreme Terror in den Mittelpunkt gestellt und deshalb richtet sich die Resolution im Wesentlichen gegen Rechtsextremismus und rechtsextremistische Tendenzen in Barsinghausen. Die Untaten der rechtsextremistischen Terrorzelle haben uns alle überrascht und schockiert und stellen nur die Spitze des Eisberges dar, so Herr Dr. Härdrich. Weiter sagt er, dass Rechtsextreme versuchen, unsere Gesellschaft, die auf Toleranz, auf gegenseitige Achtung und auf die Achtung der Würde eines jeden Menschen aufgebaut ist, zu zerstören. Rechtsextreme säen Hass gegen anders denkende Menschen, gegen Menschen mit anderer Nationalität, gegen Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund und schrecken dabei auch nicht vor Gewalttaten zurück. Die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus ist seines Erachtens aufgrund der Geschichte Deutschlands nicht richtig, da dieses eine unzulässige Relativierung des Nazi-Terrors wäre. Deswegen ist diese Resolution übernommen worden, da sie sich ausdrücklich gegen Rechtsextremismus richtet. Die Resolution, die in weiten Teilen identisch mit der Resolution ist, die einstimmig im Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist, ist auch in der Regionsversammlung einstimmig verabschiedet worden. Er hofft, dass eine einstimmige Verabschiedung auch heute im Rat erfolgt. Auch sollen die rechtsextremistischen Aktivitäten in Barsinghausen auf das schärfste verurteilt werden. Daher wurde die Resolution um einen Absatz ergänzt, der einen Bezug zu Barsinghausen hat. Weiter wurde eine Bitte an die Vereine und Verbände, als Vertreter der Zivilgesellschaft, aufgenommen, um gemeinsam mit dem Rat dafür zu sorgen, dass auch in ihren Kreisen alles dafür getan wird, dass sich dort keine entsprechenden Gedanken breit machen können.

Herr Schroth sagt, dass die Fraktionen CDU, FDP und UWG sich intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt und gemeinsam den Antrag eingebracht haben. Er bemängelt, dass eine Diskussion im Vorfeld über die Presse und nicht direkt mit den Fraktionen stattgefunden hat. Er erinnert in diesem Zusammenhang, dass die neue Mehrheit im Rat einen anderen Umgang angekündigt hatte. Nach Rücksprache mit seiner Fraktion bittet er darum, dass der Absatz, der Barsinghausen umfasst, als beratend betrachtet wird und nur der übrige Teil der Resolution verabschiedet wird. Als Grund führt er die Einführung von Herrn Dr. Härdrich an, aus der deutlich wurde, dass unterschiedliche Auffassungen zu den Geschehnissen in Barsinghausen und dem Umgang damit gegeben sind. Für seine Fraktion ist es wichtig, dass ein friedliches Zusammenleben in Barsinghausen gegeben ist und deeskalierend gewirkt wird, um die Emotionen nicht weiter „aufzuputschen“. Seines Erachtens ist sowohl links- als auch rechtsextremes Gedankengut in Barsinghausen gegeben. Er merkt in diesem Zusammenhang an, dass die CDU-Fraktion auf der einen Seite auf der Terror-Liste der Rechtsextremen gestanden hat und der anderen Seite von Linksextremen die Wahlplakate der CDU-Fraktion mit nationalsozialistischen Symbolen beschmiert wurden. Er appelliert daher, behutsam mit diesem Thema umzugehen und den Versuch zu unternehmen, die Personen einzufangen und wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Dass ein Problem gegeben ist, wird nicht bestritten, vielmehr ist die Frage, wie damit umgegangen wird. Die aufgezeigte Herange-

hensweise von Herrn Dr. Härdrich führt nach Auffassung von Herrn Schroth dabei etwas zu weit.

Herr Schroth beantragt die ersten drei Punkte des Resolutionstextes zu verabschieden und den letzten Absatz zu vertagen.

Frau Westphal geht auf den Vorwurf, dass die Fraktionen über die Presse kommuniziert haben, ein. Sie sagt, dass die Fraktionen CDU, FDP und UWG gemeinsam die Resolution eingebracht und der Presse vorgestellt haben, ohne dabei die Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einzubinden, um eine gemeinsame Resolution zu verabschieden. Es kann daher nicht vorgeworfen werden, dass sich die beiden Fraktionen mit ihren erweiterten Ideen an die Presse gewandt haben. Sie betrachtet es daher als verfehlt, wenn den Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein falscher Stil vorgeworfen wird. Nichts desto trotz ist in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses konstruktiv über die Resolution beraten worden, um eine gemeinsame Resolution zu verabschieden. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Resolution, die im Bund und im Land und in der Region eine Einstimmigkeit findet, eine gute Grundlage sei und Barsinghausen nicht außer Acht gelassen werden solle. Daher wurde der Vorschlag gemacht, wie der letzte Absatz zu Barsinghausen gefasst werden kann. Auch dieser ist in der gestrigen Sitzung nach ausführlicher Beratung verändert worden. Es sind u.a. die Sätze „In unserer freiheitlichen Gesellschaft, auch hier in Barsinghausen, hat extremistisches Gedankengut und haben extremistische Taten keine Platz. Politischer und religiöser Extremismus ist ein Angriff auf unsere freiheitlichen Werte und unsere Demokratie und muss konsequent verfolgt und gesellschaftlich geächtet werden.“ aufgenommen worden. Hierbei ist weder von Links- noch von Rechtsextremismus die Rede. In diesem Punkt besteht Einigkeit. Aktuell bestehen in Barsinghausen dennoch deutlich größere Bedrohungen aus der rechten Ecke, als aus der linken Ecke. Daher wundert es sie, dass der Kompromiss aus der gestrigen Sitzung in Frage gestellt wird. Auch wurde heute noch ein Kompromiss zu einem Satz gefunden, der dann lauten sollte: „Wir unterstützen alle Menschen, die sich aktiv und friedlich gegen Rechtsradikalismus einsetzen.“ Frau Westphal zeigt sich erstaunt und traurig, dass die gefundenen Kompromisse zu dem Absatz, der sich auf Barsinghausen bezieht, wieder in Frage gestellt wird und vertagt werden soll. Sie sagt abschließend, dass sich das Problem nicht vertagen lässt.

Herr Messing zeigt sich ebenso überrascht über den Antrag der CDU-Fraktion, da gestern konstruktiv und parteiübergreifend der Resolutionstext abgefasst wurde. Die Resolution sollte auch einen Bezug auf Barsinghausen enthalten und auch alle Arten des Extremismus umfassen, da diese in Barsinghausen nicht erwünscht sind. Er wirft die Frage auf, auf was bzw. wohin der Barsinghausen-Absatz vertagt werden soll. Dieses kann er nicht nachvollziehen. Er appelliert, die Resolution einstimmig zu verabschieden, da es sich um ein wichtiges Thema handelt.

Herr Klockow spricht sich ebenfalls für eine gemeinsame Resolution des Rates aus und macht daher den Vorschlag, dass im Barsinghausen-Absatz im 2. und im 3. Absatz nur im 1. Satz das Wort Rechtsradikalismus bestehen bleibt und ansonsten allgemein radikal bzw. Radikalismus aufgeführt wird (nachfolgend so beschlossen).

Herr Zieseniß unterstützt den Vorschlag von Herrn Klockow und appelliert ebenfalls, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden. Herr Zieseniß formuliert den Barsinghausen-Absatz mit dem Änderungsantrag von Herrn Klockow und den Zusatz, dass alle Menschen, die sich friedlich und aktiv gegen Radikalismus einsetzen, unterstützt werden.

Herr Höfer erinnert, dass in den vergangenen Jahren auch Probleme mit Linksextremismus in Barsinghausen gegeben waren. Er sagt, auch wenn derzeit die Probleme mit dem Rechtsextremismus in Barsinghausen vorhanden sind, dass politischer Extremismus generell abgelehnt wird und dementsprechend die Resolution abgefasst werden soll. Somit würde der Rat ein grundsätzliches Zeichen setzen.

Frau Westphal geht auf die Ausführungen von Herrn Höfer ein. Sie erachtet die Aussage, dass Linksextremismus in Barsinghausen stattgefunden hat, als gewagt. Sie sagt, dass Linksextremismus etwas anderes ist als radikale Politik, die linksorientiert ist. Sie erinnert, dass ein konkreter Anlass für die Resolution gegeben ist und daher eine konkrete Aussage aufgenommen werden soll. Den Vorschlag von Herrn Zieseniß und Herrn Klockow unterstützt sie.

Herr Schroth sagt für die CDU-Fraktion, dass der Vorschlag von Herrn Zieseniß und Herrn Klockow unterstützt wird.

Frau Dr. Beckmann beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um die Kompromissvorschläge durch die Fraktionsvorsitzenden gemeinsam formulieren zu lassen.

Herr Messing erklärt, dass die SPD-Fraktion keine Sitzungsunterbrechung benötigt.

Frau Westphal erklärt ebenfalls, dass keine Sitzungsunterbrechung notwendig ist.

Herr Zieseniß formuliert den Barsinghausen-Absatz der Resolution (nachfolgend beschlossen).

Herr Messing sagt, dass seine Fraktion zustimmen kann, da das Wort „Rechtsextremismus“ in der Einführung aufgeführt ist.

Frau Dürbaum-Betsch stellt die geänderte Resolution zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 4

Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

### **Resolution**

Aktuell stehen rechtsextremistische Taten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Aus diesem aktuellen Anlass haben die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen einstimmig eine EntschlieÙung zur Debatte über die "Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden" verabschiedet. Diese Resolution ist inzwischen am 13.12.2011 auch einstimmig von der Regionsversammlung verabschiedet worden.

#### **„Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden**

I. Wir trauern um Enver Simsek und Abdurrahim Özüdogru aus Nürnberg, Süleyman Tasköprü aus Hamburg, Habil Kibc aus München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismal Yasar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubasik aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn. Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben. Die Unbegreiflichkeit des Geschehenen, die jahrelange Ungewissheit über Täter und ihre Motive, waren und sind eine schwere Belastung für die Betroffenen. Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt. Wir erwarten, dass die Morde mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden. Das sind wir den Opfern, ihren Familien

und Freunden schuldig. Wir erwarten zugleich, dass Zusammenhänge dieser Mordtaten und ihr rechtsextremistisches Umfeld umfassend ermittelt und mögliche weitere ungeklärte Straftaten einbezogen werden.

**II.** Die jetzt bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen belegen auf traurige Weise, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen. Dem Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden. Wir alle sind gefordert zu handeln - überall dort, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen. Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen - ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

**III:** Wir sind entschlossen sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden. Rechtsextremismus, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen. Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

#### **Für uns bedeutet das auch für Barsinghausen:**

In unserer freiheitlichen Gesellschaft, auch hier in Barsinghausen, hat extremistisches Gedankengut und haben extremistische Taten keinen Platz. Politischer und religiöser Extremismus ist ein Angriff auf unsere freiheitlichen Werte und unsere Demokratie und muss konsequent verfolgt und gesellschaftlich geächtet werden!

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus beginnt hier vor Ort. Wir verurteilen alle radikalen Angriffe auf Menschen und Einrichtungen, Schmierereien, Aufkleber und Aktionen, die das Ziel haben, ein menschenverachtendes, rassistisches und verfassungsfeindliches Klima in Barsinghausen zu schaffen. Solche Gedanken und Äußerungen haben bei uns in Barsinghausen keinen Platz und dürfen auch in der Gesellschaft nicht toleriert oder verharmlost werden. Wir unterstützen alle Menschen, die sich friedlich und aktiv gegen Radikalismus einsetzen.

Darüber hinaus bitten wir darum, dass alle Vereine und Organisationen als Vertreter der Zivilgesellschaft in Barsinghausen auch weiterhin aktiv gegen radikales und extremistisches Verhalten vorgehen.

---

**11. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016**  
**Vorlage: XVII/0031**

Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner:

Herr Schünhof merkt an, dass es seines Erachtens sinnvoller ist, wenn die Fragen nach der Einführung in den Tagesordnungspunkt gestellt werden dürfen und nicht zu Beginn des Punktes. Er regt an, die Geschäftsordnung entsprechend zu verändern.

Herr Zieseniß führt in den Tagesordnungspunkt ein und sagt, dass zunächst die Einbringung erfolgt und die Beratungen in den politischen Gremien in den nächsten Monaten erfolgen. Es erfolgt eine Bürgerbeteiligung in Form der Bereitstellung des Konzeptes auf der Homepage sowie durch Einwohnerinformation im Zechensaal. Darüber hinaus werden die Vereine und Verbände in zwei Veranstaltungen gehört.

Herr Dr. Heinz (S/E Gesellschaft f. Strategie und Ergebnisse KG) erläutert das Konzept anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 1).

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016 wird zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

---

**12. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012**  
**hier: Einbringung**  
**Vorlage: XVII/0035**

Herr Zieseniß führt ausführlich in die Angelegenheit ein (siehe Anlage 2).

Herr Lahmann gibt mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 3) einen Überblick über den Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2012.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2012 werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

---

**13. Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe  
hier: Kenntnisnahme von einer Eilentscheidung gem. §§ 89 und 117 (1)  
NKomVG  
Vorlage: XVII/0025**

Herr Zieseniß erläutert die Eilentscheidung.

Frau Dürbaum-Betsch stellt fest, dass der Rat die Eilentscheidung zur Kenntnis genommen hat.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

Die erforderlichen Mittel zur Fertigstellung des Gebäudes – Anbau Bert-Brecht-Schule – werden in Höhe von 62.000,00 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Versicherungsleistungen.

Der Eilentscheidung wird zugestimmt.

---

**13.1. Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung  
Vorlage: XVII/0045**

Herr Messing beantragt, die Summe für die außerordentliche Verpflichtungsermächtigung auf 390.000,00 EUR für die Gewährung eines Investitionszuschusses festzulegen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 24                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 12

Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 390.000,00 EUR für die Gewährung eines Investitionszuschuss zu.

Die Deckung erfolgt aus der nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigung im Städtebauförderprogramm „Innenstadt (I.1.113009).

---

**14. Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen  
Vorlage: XVII/0024**

Herr Steuernagel erläutert ausführlich die erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen und dankt der Verwaltung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt mit Änderung

Die Erste Eröffnungsbilanz der Stadt Barsinghausen zum 1. Januar 2011 mit einer Bilanzsumme i.H.v. 187.155.340,70 EUR wird beschlossen.

---

**15. Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2011**  
**Vorlage: XVII/0023**

Frau Westphal führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Frau Dürbaum-Betsch stellt fest, dass der Rat die Vorlage zur Kenntnis genommen hat.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

**16. Beschluss über die Jahresrechnungen und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2007 und 2008**  
**Vorlage: XVII/0022**

Herr Zieseniß begibt sich zu diesem Punkt in den Zuschauerraum.

Herr Steuernagel stellt die Inhalte der Vorlage vor und dankt dem Rechnungsprüfungsamt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 werden beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 die Entlastung erteilt.

---

**17. Änderung bzw. Neufassung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung**  
**Vorlage: XVII/0021**

Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner:

- Herr Brüns (Anlieger der Rosenstraße) geht auf eine von Ratsherrn Höfer getätigte Aussage ein, wonach die Prioritätenliste zu kernstadtlastig sei, die Ortseile benachtei-



ligt werden und die CDU-Fraktion der SPD-Fraktion nicht helfen wird, ihre Wahlversprechen einzuhalten. Herr Brüns erinnert in diesem Zusammenhang, dass seines Erachtens die CDU-Fraktion während der letzten Wahlperiode dafür verantwortlich gewesen sei, dass eine weitaus größere Benachteiligung gegeben war. Als Beispiel führt er die Straße Neue Rehre an, in der keine Anwohner vorhanden sind und kein Busverkehr vorhanden ist und trotzdem in den Winterdienst aufgenommen wurde. Auf der anderen Seite war die Rosenstraße, in der Anlieger und Busverkehr gegeben sind, vom Winterdienst ausgenommen.

Herr Brüns fragt, ob politische Ehrlichkeit gegeben ist.

- Herr Asche fragt, ob die Rosenstraße komplett in die Prioritätenliste aufgenommen wurde.  
Frau Dürbaum-Betsch antwortet, dass die Rosenstraße in Gänze aufgenommen ist.
- Herr Asche fragt, warum die Verordnung bis zum 01.07.2030 in Kraft gesetzt werden soll.  
Herr Lahmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

**Protokollnotiz:**

Herrn Asche ist schriftlich mitgeteilt worden, dass sich die Befristung aus § 61 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) ergibt. Danach sollen Verordnungen eine Beschränkung ihrer Geltungsdauer enthalten.

- Herr Feldhahn spricht die Kosten für die Straßenreinigung an und fragt, wann die beauftragte Firma die erforderlichen Zahlen der Stadt zur Verfügung stellen wird.  
Herr Lahmann antwortet, dass eine neue Firma beauftragt wurde und damit zu rechnen ist, dass im Frühjahr die Daten der Stadt vorgelegt werden. Dann wird die Gebührenerhebung, auch für die letzten beiden Jahre, erfolgen.
- Herr Beckmann sagt, dass die angegebene Straßenverbindung (Nr. 43) nicht vorhanden ist und bittet, dieses zu überprüfen.  
Weiter sagt Herr Beckmann, dass verkehrsberuhigte Bereiche von den Anliegern zu reinigen sind. Er weist darauf hin, dass in diesen Bereichen häufig PKW parken und dort dann nicht dem Winterdienst nachgekommen werden kann. Weiter spricht er einen Passus in der Satzung an, wonach der Winterdienst entsprechend der Prioritätenliste erfolgt, wenn die Kapazitäten vorhanden sind. Er fragt, was das für die Anlieger bedeutet.  
Herr Lahmann antwortet, dass die Anlieger nach wie vor die Gehwege zu reinigen haben. Die Regelung zu den verkehrsberuhigten Bereichen wurde aufgenommen, da durch den städtischen Winterdienst nicht sicher gestellt werden kann, dass alle Straßen bis 7.00 Uhr geräumt sind und in verkehrsberuhigten Bereichen in der Regel keine Gehwege vorhanden sind. Daher ist ein ein Meter breiter Streifen von den Anliegern zu räumen. Unter parkenden PKW wird kein frisch gefallener Schnee liegen. Zur Prioritätenliste und der Kapazitäten antwortet Herr Lahmann weiter, dass die Kapazitäten für „normale“ Winter vorgehalten werden. Bei strengen Wintern kann es sein, dass Nebenstraßen erst nach 2 – 3 Tagen geräumt werden können. Für die Zukunft ist zu beobachten, wie sich die Winter in den nächsten Jahren entwickeln. Sollten es strenge Winter sein und Nebenstraßen nachrangig geräumt werden, dann sind die Straßen und damit die Gebühren in zwei Klassen einzuteilen, um Gebührengerechtigkeit herzustellen.
- Ein Bürger fragt, ob die Neue Rehre eine Nebenstraße ist, da dort niemand wohnt.  
Die Frage kann nicht beantwortet werden.

- Frau Weinreich sagt, dass Straßen mit Busverkehr und ohne Gehwege vorhanden sind und dementsprechend ein Streifen frei zu räumen ist. Der durchfahrende Schneepflug schiebt den Schnee häufig wieder auf die geräumten Flächen. Sie fragt, wie damit umgegangen wird.  
Herr Lahmann antwortet, dass sich dieses Problem technisch nicht lösen lässt.
- Auf Frage von Herrn Feldhahn sagt Herr Lahmann, dass der Antrag zur Aufnahme in die Prioritätenliste in der städtischen Bauverwaltung gestellt werden kann.

Herr Schroth fragt, ob die Gebühr für alle Bürgerinnen und Bürger gleich hoch ist. Er stellt die Frage vor dem Hintergrund, dass z.B. bei normalen norddeutschen Wintern z.T. nur zwei Tage Schnee liegt, der dann vorrangig in der Kernstadt geräumt wird. Dieses hätte zur Folge, dass dann in den Ortsteilen nicht mehr geräumt werden müsste.

Herr Lahmann sagt, dass es rechtlich zulässig ist, wenn die Gebühr für alle Anlieger in der gleichen Höhe veranlagt wird. Er weist auf die Antwort auf die Frage von Herrn Beckmann hin (siehe Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner).

Frau Dr. Beckmann geht auf die Straßen ein, die von der Straßenreinigung ausgenommen sind und in denen kein Schnee geräumt wird. Sie fragt, wer für die Haftung dieser Flächen aufkommen würde.

Herr Lahmann antwortet, dass der Gehweg, falls dieser nicht vorhanden ist, ein ein Meter breiter Streifen von den Anliegern zu reinigen ist. Ansonsten sind die Fahrzeugführer in der Pflicht, ihren Fahrstiel den Witterungsbedingungen anzupassen. Somit stellt sich die Frage der Haftung weder für die Stadt noch für die Anlieger.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 12

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte Neufassung der Straßenreinigungsverordnung. Mit der Veröffentlichung tritt die vom Rat am 03.06.2010 beschlossene Satzung außer Kraft.
2. Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte Straßenreinigungssatzung einschließlich des Straßenverzeichnisses. Mit der Veröffentlichung tritt die vom Rat am 03.06.2010 beschlossene Satzung außer Kraft.
3. Der Rat nimmt die als Anlage zur Vorlage beigefügte Prioritätenliste für die Durchführung des Winterdienstes zur Kenntnis.

## **18. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Barsinghausen Vorlage: XVII/0026**

Herr Steuernagel erläutert die Vorlage.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Barsinghausen wird in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

**19. Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien HannIT  
Vorlage: XVII/0037**

Herr Lahmann führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die in der Anlage zu dieser Beschlussvorlage aufgeführten Personen werden als Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt Hannoversche Informationstechnologien HannIT bestätigt.

**20. Neufassung der Betriebssatzung des Stadtentwässerungsbetriebes Barsinghausen  
Vorlage: XVII/0027**

Die Inhalte der Vorlage werden von Herrn Riemer dargestellt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Neufassung der Betriebssatzung wird in der vorliegenden Fassung für den Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen beschlossen.

**21. Durchführung der Ausstellung "Land unter" des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) im Rathaus der Stadt Barsinghausen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.10.2011 -  
Vorlage: XVII/0019**

Herr Lux erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 23                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 12  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Verwaltung wird gebeten, zum nächstmöglichen Termin die Durchführung der Ausstellung „Land unter“ des LBEG im Rathaus der Stadt zu ermöglichen.

---

**22. Umbenennung eines Straßenteilstückes der Entlastungsstraße  
Vorlage: XVII/0011**

Herr Wittich stellt die Vorlage vor und weist darauf hin, dass der Ausschuss empfohlen hat, dass das Teilstück in Egestorfer Warte umbenannt werden soll.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Straße Kirchdorfer Rehr erhält im Bereich zwischen dem Egestorfer Kreisel und der Einmündung der Stoppstraße die neue Bezeichnung „Egestorfer Warte“.

---

**23. Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen  
Vorlage: XVII/0013**

Herr Schroth führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Zur Abrechnung der Kosten für den Ausbau von Verkehrsflächen werden gem. § 8 Ziffer 5 der Straßenausbaubeitragssatzung vom 12.07.2005 im Wege der Aufwandsspaltung die Kosten für den Ausbau der Straßenbeleuchtung in der Otto-Backhaus-Straße erhoben.

---

**24. Annahme von freiwilligen Zuwendungen  
Vorlage: XVII/0043**

Frau Dürbaum-Betsch führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Frau Hunte-Grüne gibt zu Protokoll, dass sie an der Abstimmung nicht mitwirken wird und weist darauf hin, dass sie die Spende, die sie der Ortswehr Langreder übergeben hat, in einem Preisausschreiben der Fa. E.ON-Avacon gewonnen hat.

Beschlussdarstellung:

Die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Sach- bzw. Geldspenden werden angenommen.

---

## **25. Mitteilungen der Verwaltung**

Hierzu liegt nichts vor.

---

## **26. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

1. Frau Hunte-Grüne sagt, dass die Bushaltestelle An der Lutherlinde in Egestorf verlegt worden ist und im neuen Fahrplan bereits mit „Weberstraße“ betitelt ist. Ihres Erachtens wird dieses zu Verwirrungen führen, da es sich um eine Verschiebung von ca. 100 Metern handelt und die Weberstraße nicht so bekannt ist. Sie regt an, die Bushaltestelle wieder umzubenennen.
2. Frau Dr. Beckmann gibt die Anregung eines Bürgers weiter, der die Aufbringung von weißer reflektierende Farbe an den Borsteinen der Pflanznasen an der Straße Langenäcker empfohlen hat. Sie begrüßt die Anregung des Bürgers.
3. Herr Feldhahn dankt im Namen vieler Anwohnerinnen und Anwohner des Gänsefußweges, dass die Straße wieder von der Stadt geräumt wird.
4. Herr Schaper dankt der Verwaltung für die verteilten Schokoladen-Weihnachtsmänner.

Frau Dürbaum-Betsch fragt das Meinungsbild der Anwesenden zur Sitzordnung ab.

Herr Feldhahn, Frau Weinreich und Herr Hohenstein sagen, dass die Sitzordnung vergangener Wahlperioden bestehen bleiben sollte, da die Ratsmitglieder den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht den Rücken zu kehren sollten.

Frau Westphal appelliert, dass die Sitzordnung des Rates aus vergangenen Wahlperioden anders gestaltet wird. Die heutige Sitzordnung stellt einen ersten Versuch dar, um die Absprache der Fraktionsvorsitzenden zu erfüllen. Sie regt an, dass die Ratsmitglieder in einem Oval sitzen. Dadurch könnten sich sowohl die Ratsmitglieder anschauen, als auch die Einwohnerinnen und Einwohner den Ratsmitgliedern in die Gesichter schauen. Frau Westphal bittet, einen neuen Versuch zu unternehmen, damit es ein zu einem anderen Miteinander kommen kann und das Konfrontative aufgehoben wird.

Frau Weinreich regt an, dass in der heutigen Sitzordnung die Einwohnerinnen und Einwohner hinter dem Vorstandstisch gesetzt werden sollten.

Frau Dürbaum-Betsch entgegnet, dass sie dann die Einwohnerinnen und Einwohner dann nicht mehr sehen kann.

Frau Owens sagt, dass eine Sitzordnung, die eine Einheit darstellt, schöner ist.

Frau Dürbaum-Betsch merkt an, dass eine geistige Einheit wichtiger ist, als eine optische Einheit.

Herr Neddermeier bittet, den Ratsmitgliedern mehr Platz auf den Tischen zur Verfügung zu stellen.

Anschließend:  
Nichtöffentliche Sitzung

Die Sitzung wird um 21:25 Uhr von Frau Dürbaum-Betsch geschlossen.

Zieseniß  
Bürgermeister

Dürbaum-Betsch  
Ratsvorsitzende

Becke  
Protokollführer